



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

NACHHALTIGKEITSZERTIFIKAT DARF NICHT GEGEN INTERESSEN DER WOHNUNGS- UND BAUWIRTSCHAFT ENTWICKELT WERDEN

08.08.2008 Fachinformation

Zahlreiche Verbände der Bau- und Wohnungswirtschaft aus dem Kreis der Aktion "Impulse für den Wohnungsbau", darunter der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., haben dem von der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) geplanten Zertifizierungssystem für die Bewertung der Nachhaltigkeit von Gebäuden deutlich widersprochen. Mit Sorge verfolgen die Verbände, dass die DGNB unter Verweis auf gemeinsame Entwicklungen mit dem BMVBS nun schon wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt hat, dass das neue "Zertifizierungssystem Nachhaltiges Bauen" ab Anfang 2009 zur Verfügung stehen und für alle Bauten, vom Bürohochhaus über Einfamilienhäuser bis hin zu Infrastrukturbauten, ausgelegt sei beziehungsweise zur Zertifizierung von "Neu- und Altbauten, die sich durch einen geringen Energie- und Materialverbrauch auszeichnen" (dpa-Meldung im Tagesspiegel vom 02.08.2008) beantragt werden könne. Ziel von DGNB und BMVBS sei es, ein international anerkanntes Zertifikat zu schaffen, das durch die Einbindung von Nachhaltigkeitskriterien zukunftsweisend sein soll. In einer gemeinsamen Stellungnahme sprechen sich die Verbände auch gegen das unpraktikable Bewertungssystem für das geplante Gütesiegel aus. Positive Bewertungen nach insgesamt 63 Kriterien erhielten nur Gebäude, deren technische Standards auf einem weit höheren Niveau liegen als allgemein anerkannt und die die aktuellen langfristigen Vorgaben der Politik erfüllen. Dadurch hätten Änderungen in Politik und Wissenschaft direkte Auswirkungen auf das Bewertungssystem. Ein Gütezertifikat, welches heute ausgestellt würde, könnte morgen schon kaum noch gültig sein. Die Verbände sprechen sich dagegen aus, das Zertifizierungssystem abgesehen von Bundesbauten auf weitere Gebäudearten im öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereich zu übertragen. Hier sei zunächst eine Grundsatzdiskussion über Sinn und Zweckmäßigkeit einer Nachhaltigkeitszertifizierung erforderlich. Problematisch sei vor allem, dass die bisher vorliegenden Unterlagen zum Zertifizierungssystem keinerlei Auskunft über die wirtschaftlichen Folgekosten einer Einführung des Systems für die Bau- und Wohnungswirtschaft geben. Es sei davon auszugehen, dass die Anwendung des Systems erhebliche Kostensteigerungen mit sich bringe. Das liege zum einen in den vorausgesetzten umfassenden Untersuchungen und dem Einsatz vom DGNB ausgebildeter Auditoren bereits in der Planungsphase begründet. Zum anderen aber auch daran, dass beim Bau eines Gebäudes weit höhere technische Standards gefordert sind, damit eine gute Bewertung erreicht werden kann. Darüber hinaus sei nicht geklärt, wer für mögliche Rechtsfolgen haftet, sollte eine Immobilie durch eine schlechte Benotung erheblich an Wert verlieren. Das BMVBS wurde aufgefordert, die erforderliche Grundsatzdiskussion mit der Bau- und Wohnungswirtschaft aufzunehmen. Mehr Informationen sind beim BBU, Bereich Technik, Tel.: 030 89781 151, zu erfragen.

<https://bbu.de/beitraege/nachhaltigkeitszertifikat-darf-nicht-gegen-interessen-der-wohnungs-und-bauwirtschaft-entwickelt-werden>